

Antrag 34/I/2026

UBV LDS, Jusos BRB

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

Öffentlicher Raum für alle – Defensive Architektur verhindern, soziale Stadtentwicklung stärken!

1 Die SPD Brandenburg setzt sich
2 dafür ein, dass sogenannte de-
3 fensive oder feindliche Architek-
4 tur im öffentlichen Raum abge-
5 lehnt, künftig verhindert als auch
6 nachträglich zurückgebaut wird.
7 Statt auf bauliche Verdrängungs-
8 maßnahmen zu setzen, sollen
9 Kommunen bei der Gestaltung
10 öffentlicher Räume mehr auf so-
11 ziale, präventive und unterstüt-
12 zende Konzepte setzen. Dazu ge-
13 hören insbesondere der Ausbau
14 sozialer Angebote, die Stärkung
15 der Straßensozialarbeit sowie ei-
16 ne Stadtplanung, die Aufenthalts-
17 qualität, Barrierefreiheit und Si-
18 cherheit für alle Menschen ge-
19 währleistet.
20 Die SPD Brandenburg spricht sich
21 dafür aus, Kommunen bei der
22 Entwicklung sozialer Leitlinien für
23 eine menschenwürdige Stadtge-
24 staltung zu unterstützen und de-
25 fensive Architektur in kommuna-
26 len Bau- und Gestaltungsprojek-
27 ten auszuschließen.

Überweisung an Lavo

28 **Begründung**

29 Defensive Architektur – etwa Sitz-
30 bänke mit Trennelementen, No-
31 Sit-Spikes oder bewusst unbe-
32 queme Aufenthaltsflächen – wird
33 häufig eingesetzt, um bestimm-
34 te Gruppen aus dem öffentlichen
35 Raum zu verdrängen. Diese Maß-
36 nahmen lösen jedoch keine sozia-
37 len Probleme, sondern verschär-
38 fen sie und stehen im Wider-
39 spruch zur Unantastbarkeit der
40 Menschenwürde.

41 Insbesondere für wohnungslose
42 Menschen erschwert defensi-
43 ve Architektur den Zugang zu
44 Schutzräumen und behindert die
45 Arbeit der Straßensozialarbeit.
46 Gleichzeitig trifft sie auch an-
47 dere Bevölkerungsgruppen wie
48 ältere Menschen, Menschen mit
49 Behinderungen oder Familien.

50 Eine sozialdemokratische Stadt-
51 entwicklung setzt auf Teilhabe
52 statt Ausgrenzung. Öffentlicher
53 Raum muss Begegnung ermögli-
54 chen und darf nicht durch bau-
55 liche Maßnahmen zum Instru-
56 ment sozialer Trennung werden.
57 Die Ursachen von Wohnungslo-
58 sigkeit und sozialer Ausgrenzung
59 müssen politisch und sozial be-
60 kämpft werden – nicht durch Be-
61 ton, Spikes oder Abschreckung.

